V. Azzolini (Gouverneur der Bank von Italien), S. Shimasouye (Bank von Japan), D. Nohara (Yokohama Specie Bank Fil. London), Prof. Dr. G. Bachmann (Präsident der Schweizerischen Nationalbank); Stellv.: Charles Farnier (Paris), H. A. Siepmann (London), Dr. Pasquale Troise (Rom), Dr. Wilhelm Vocke (Berlin), Paul van Zeeland (Brüssel).

Entwicklung:

Gegründet: 1930. Die B. I. Z. konstituierte sich auf Grund des Young-Planes u. des in Haag am 20./1. 1930 abgeschlossenen Abkommens zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Italien u. Japan einer, der Schweiz andererseits. Das genehmigte Aktienkapital wurde auf 500 000 000 Schw. Goldfr. in 200 000 Aktien zu 2500 Goldfr. festgesetzt, wovon 112 000 Aktien sofort von den Notenbanken Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens sowie von einer amerikanischen Bankgruppe, bestehend aus d. Hause J. P. Morgan & Co., der First National Bank of New York u. der First National Bank of Chicago, u. von einer japanischen Bankgruppe al pari übernommen wurden. Die Bank von Frankreich u. die Belgische Nationalbank legten ihre Tranchen (in Frankreich 16 000 Aktien) al pari zur öffentl. Zeichnung auf; in Paris wurde die Emission 159fach, in Brüssel 12fach überzeichnet. In den übrigen Ländern fand keine öffentliche Begebung statt; in U.S.A. gab die Uebernahmungsgruppe die Aktien an eine größere Anzahl von Privatbanken weiter. Bald darauf wurden von der B. I. Z. weitere 12 000 Aktien al pari ausgegeben, u. zwar an die Notenbanken von Holland, Schweden und der Schweiz. Weitere 40 000 Aktien in Tranchen zu je 4000 Stück wurden von den Notenbanken der zehn Länder Oesterreich, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Danzig, Bulgarien, Finnland, Griechenland u. Freie Stadt Danzig al pari übernommen. Im Okt. 1930, Dez. 1930 u. März 1931 erwarben die Banken von Estland, Lettland u. Litauen 1100 Aktien u. im zweiten Geschäftsjahr der Bank wurden weitere 8500 Aktien an d. Jugoslawische Nationalbank u. an die Nationalbanken von Norwegen u. Albanien begeben; die restl. 26 400 Aktien wurden im Mai 1932 unter die sieben Gründerbanken verteilt. Die Einzahlung erfolgte vorderhand nur zu 25 %. Die Bank nahm am 20./5. 1930 offiziell ihre Tätigkeit auf.

Die Rechtsstell. der Bank basiert auf einem besonderen schweizerischen Gesetz, das ihr verschiedene Sonderrechte verleiht. Das Gesetz kann ohne Einverständnis der anderen Regierungen, die das Haager Abkommen vom 20./1. 1930 unterzeichnet haben, von der schweizer. Regierung nicht abgeändert oder aufgehoben werden; auch gewisse Statutenartikel der Bank dürfen ohne ein solches Einverständnis nicht abgeändert werden. Die Statuten und deren ordnungsgemäß durchgeführten Änderungen werden rechtswirksam, auch wenn sie vom schweizerischen Recht abweichen. Steuerfrei sind: Kapital, Reserven und Gewinne der Bank, ihre auf Grund des Young-Planes gemachten Geldeinlagen, die Bezüge ihrer nichtschweizerischen Angestellten, ihre Verträge bezüglich deutscher Reparations-Bonds sowie die auf einem ausländischen Markt untergebrachten Bonds dieser Art; außerdem ist die Bank von verschiedenen Stempeln u. Abgaben im Zusammenhang mit ihrer Gründung u. der Emission ihrer Aktien befreit. Die Bank, ihr Eigentum, ihre Aktiven, Einlagen u. die ihr anvertrauten Werte sind in Friedens- u. Kriegzeiten von allen Maßnahmen wie Enteignung, Requirierung, Beschlagnahme usw. ausgenommen, ebenso von jeder Beschränkung der Ausfuhr von Gold oder Devisen und allen ähnlichen Eingriffen. Streitfälle zwischen der Schweiz u. der B. I. Z., oder zwischen der Schweiz und den anderen Signatarmächten der Haager Vereinbarungen hinsichtlich der B. I. Z. kommen vor das Haager Schiedsgericht.

Zweck

der Bank ist: die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen u. als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei den ihr auf Grund von Ver-

trägen mit den beteiligten Parteien übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Solange der Sachverständigenplan vom 7./6. 1929 in Kraft ist, hat die Bank 1. die ihr im Plan übertragenen Aufgaben auszuführen, 2. ihre Geschäftstätigkeit so zu gestalten, daß die Durchführung des Planes erleichtert wird und 3. bei ihrer Geschäftsführung u. Geschäftstätigkeit die Bestimmungen des Planes einzuhalten; und zwar alles innerhalb der Grenze der ihr in diesen Statuten übertragenen Befugnisse. In dem besagten Zeitraum hat die Bank in ihrer Eigenschaft als Treuhänder (Trustee) oder Agent für die beteiligten Regierungen 1. die von Deutschland auf Grund des Planes gezahlten Annuitäten in Empfang zu nehmen, zu verwalten u. zu verteilen, 2. die Kommerzialisierung u. Mobilisierung bestimmter Teile der genannten Annuitäten zu überwachen u. dabei mitzuhelfen, 3. alle Aufgaben zu übernehmen, die mit den deutsch. Reparationen u. den damit verbundenen internationalen Zahlungen im Zusammenhang stehen u. zwischen der Bank und den beteiligten Regierungen vereinbart werden.

Die Geschäfte der Bank müssen mit der Politik der Zentralbanken der beteil. Länder übereinstimmen. Bevor durch oder für die Bank ein Finanzgeschäft auf einem bestimmten Markt oder in einer bestimmten Währung ausgeführt wird, hat der Verwaltungsrat der Zentralbank oder den Zentralbanken, die unmittelbar beteiligt sind, Gelegenheit zum Einspruch zu geben. Falls innerhalb einer angemessenen, von dem Verwaltungsrat zu bestimmenden Frist Einspruch erhoben wird, hat das beabsichtigte Geschäft zu unterbleiben. Diese Vorschrift bedeutet jedoch nicht, daß die Ermächtigung einer Zentralbank erforderlich ist, wenn aus ihrem Markt Beträge zurückgezogen werden, gegen deren Anlegung sie keinen Einspruch erhoben hatte. Die Geschäfte der Bank für eigene Rechnung dürfen nur in solchen Währungen gemacht werden, die nach Ansicht des Verwaltungsrates den praktischen Erfordernissen der Gold- oder Goldkernwährung genügen.

Im besonderen ist die Bank befugt: a) gemünztes u. ungemünztes Gold für eig. Rechnung oder f. Rechnung von Zentralbanken zu kaufen u. zu verkaufen, b) Gold für eig. Rechnung in Sonderdepots bei Zentralbanken zu halten, c) Gold für Rechnung der Zentralbanken in Verwahrung zu nehmen, d) gegen Gold, Wechsel u. sonst. kurzfristige erstklassige Schuldtitel oder gegen erstklassige Sicherheiten den Zentralbanken Darlehen zu gewähren oder solche bei ihnen aufzunehmen, e) Wechsel, Schecks u. sonst. kurzfrist. Schuldtitel von erstklassiger Liquidität, einschl. Staats-schatzwechsel u. anderer kurzfristiger jederzeit markt-gängiger Staatsschuldverschreibungen zu diskontieren, zu rediskontieren, zu kaufen oder zu verkaufen, und zwar mit oder ohne ihr Giro, f) für eigene Rechnung oder für Rechnung von Zentralbanken Devisen zu kaufen u. zu verkaufen, g) für eigene Rechnung oder für Rechnung von Zentralbanken börsengängige Wertpapiere, jedoch keine Aktien, zu kaufen u. zu verkaufen, h) den Zentralbanken Wechsel zu diskontieren, die deren Portefeuille entstammen, u. an sie Wechsel aus dem eigenen Portefeuille zu rediskontieren, i) bei Zentralbanken laufende Konten od. Einlagekonten zu eröffnen u. zu unterhalten, j) Einlagen anzunehmen, und zwar: 1. Einlagen von Zentralbanken auf laufendem oder Einlagekonto, 2. Einlagen auf Grund von Treuhandvereinbarungen, die zwischen der Bank und den Regierungen mit Bezug auf den Internationalen Zahlungsausgleich getroffen werden können, 3. sonst. Einlagen, die nach Ansicht des Verwaltungsrates innerhalb des Aufgabenkreises der Bank liegen. Die Bank ist ferner befugt: k) als Agent oder Korrespondent von Zentralbanken aufzutreten, l) mit Zentralbanken zu vereinbaren, daß diese als ihr Agent oder Korrespondent auftreten, m) Vereinbarungen zu treffen, um im Zusammenhang mit international. Zahlungen als Treuhänder (Trustee) oder Agent aufzutreten. — Die Bank kann mit den Zentralbanken besondere Vereinbarungen treffen, um die Abwicklung internationaler Zahlungsgeschäfte zwischen ihnen zu erleichtern. Die Bank ist nicht befugt: a) auf den